



# Kein Kölsch für Nazis

## Zeitung gegen antiislamische Hetze

**20.9.** Europas Überrasichten wollen auf dem Heumarkt reden:

**MARIO BORGHEZIO,**  
Europaabgeordneter der Lega Nord

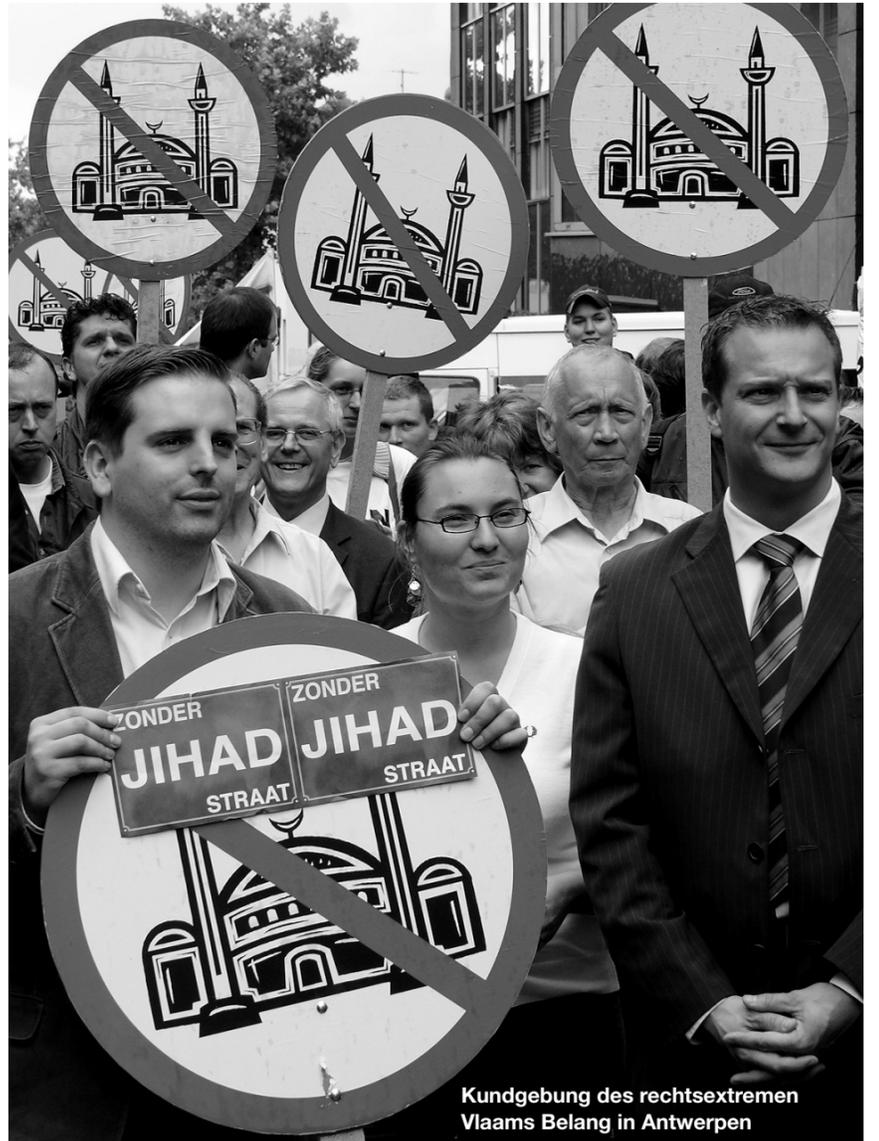
**FILIP DEWINTER,**  
Fraktionsvorsitzender des  
Vlaams Belang

**JEAN MARIE LE PEN,**  
immer noch Vorsitzender des französischen Front National

**HEINZ-CHRISTIAN STRACHE,**  
Vorsitzender der österreichischen FPÖ

Ihnen auf dem Schoß sitzen die Pro-Köln-Größen **MANFRED ROUHS** und **MARKUS BEISICHT**

# Versperren! Verstopfen! Blockieren!



Kundgebung des rechtsextremen Vlaams Belang in Antwerpen

Diese Aktionszeitung wird herausgegeben von:

**ARBEITER FOTOGRAFIE**

www.arbeiterfotografie.com

günlük/Tageszeitung  
**EVRENSEL**

www.evrensel.de

**morgengrauen**  
Antirassistische Zeitung

**NRhZ-ONLINE**  
Neue Rheinische Zeitung

www.nrhz.de

**SoZ**

www.soZ-plus.de

Folgende Organisationen unterstützen die Herausgabe dieser Zeitung:

**Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF)**  
**internationale sozialistische linke (isl)**  
**Interventionistische Linke (IL)**

#### Bestellung

Die Aktionszeitung kann gegen Spenden (Stichwort «Aktionszeitung») bestellt/abgeholt werden bei: presse@hingesetzt.mobi · redaktion@soz-verlag.de  
SoZ-Verlag, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln  
Alte Feuerwache, Büro, Melchiorstr. 3

#### Impressum

Die Zeitung «Kein Kölsch für Nazis» erscheint im SoZ-Verlag, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln  
**Druck:** Caro-Druck, Frankfurt am Main  
**V.i.S.d.P.:** Angela Klein, Reiner Schmidt  
**Kontakt:** presse@hingesetzt.mobi  
redaktion@soz-verlag.de  
Fon: (01 77) 3 68 00 43, (02 21) 9 23 11 96

Alle Fotos in dieser Aktionszeitung stammen von der ARBEITERFOTOGRAFIE

Die Crème de la Crème der europäischen Rassistinnen und Rassisten will am 20. September auf dem Heumarkt in Köln einen Kongress gegen den Islam durchführen. Unter dem Motto «Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee! Islamisierung und Türkisierung in Deutschland stoppen» werden rassistische und menschenverachtende Parolen verbreitet. Eingeladen hat die rechtspopulistische selbsternannte «Bürgerbewegung pro Köln».

**Das wird alles nicht klappen, denn wir werden es verhindern.**

Wir, das ist das «Bündnis gegen Pro Köln»: antifaschistische Gruppen, Gewerkschaftsgliederungen, die DGB-Jugend, Fußballfanclubs, SchülerInnenvertretungen, linke Initiativen, Künstlerinnen und Künstler, die Kölner Kabarettszene von Jürgen Becker bis zur Stunksitzung und die Kampagne der Gastwirte «Kein Kölsch für Nazis!». Wir rufen dazu auf, den Veranstaltungsort zu blockieren. Ganz Köln muss auf den Beinen sein! Tausende aus NRW, aus der Bundesrepublik und aus dem europäischen Ausland werden uns dabei unterstützen.

**Populistischer Rassismus ist menschenverachtend**

Die «Bürgerbewegung pro Köln» arbeitet immer nach dem gleichen Muster. Mit ausgrenzenden Parolen nutzt sie soziale Konfliktfelder in der

Stadt, wo es zu kulturellen oder materiellen Interessengegensätzen zwischen den «guten Deutschen» und Minderheiten kommt. Mal sind es Flüchtlinge, mal Drogenabhängige, mal Prostituierte und seit zwei Jahren, im Rahmen ihrer Kampagne gegen den Moscheebau, die Moslems. Leider hat Pro Köln mit dieser Politik in Teilen der betroffenen Bevölkerung Erfolg und setzt damit andere Parteien unter Druck, wie die Kölner CDU. Diese hat aktuell im Rat – gemeinsam mit Pro Köln – gegen die «Großmoschee» gestimmt, obwohl sie den Bau ursprünglich befürwortet hat.

Pro Köln sitzt in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat und in jeder Bezirksvertretung. Die nächsten Kommunalwahlen in NRW sind am 31. 5. 2009, zeitgleich mit den Europawahlen.

**Eine europäische Kampagne**

Rassistische Kampagnen gegen «den Islam» haben derzeit Konjunktur in der Propaganda der rechtspopulistischen Parteien in Europa. Am 17. Januar 2008 gründete sich auf Initiative von FPÖ und Vlaams Belang die Initiative «Cities against Islamisation» (Städte gegen Islamisierung), der inzwischen rassistische Fraktionen vieler europäischer Städte angehören. Ähnliche Kampagnen gibt es schon länger in der Schweiz, Italien und Frankreich. Ziel ist es, an die von den Medien unterstützte Kurz-

schlussanalogie «Islam = Fundamentalismus = Einwanderer = Untergang des Abendlands» anzuknüpfen.

Die Rechtspopulisten können sich dabei auf Teile der staatlichen Politik stützen, wenn die z. B. die «Begrenzung der Zuwanderung» zu einer obersten Priorität erklärt, oder die militärische Aufrüstung des Westens mit der Notwendigkeit begründet, die «Werte des christlichen Abendlands» zu verteidigen. Kein Wunder, dass dann ein Drittel aller Bundesbürger laut Umfragen für Zuwanderungsbegrenzung ist, und die Hälfte die Aussage teilt, es herrsche derzeit ein «Kampf der Kulturen»!

Das Thema «Islam» mit der Frage der Zuwanderung zu verknüpfen und rassistisch aufzuladen, scheint das zentrale Kampagnenfeld der europäischen Rechten zu werden. Zumal sie sich davon auch organisatorische Fortschritte versprechen: nämlich die Bildung einer rechtspopulistischen «Europäischen Freiheitspartei» auf antiislamischer Grundlage im Zusammenhang mit den kommenden Europawahlen.

**Jede/r hat das Recht auf Einwanderung**

Für uns versteht es sich von selbst, gegen neonazistische (Groß-)Events vorzugehen, mit dafür zu sorgen, dass ihre Treffen unterbunden werden und ihre Propaganda kein Gehör findet. Aber auch inhaltlich stellen wir uns ihnen entgegen. Wir halten

es für ganz wichtig, die sozialen und politischen Ursachen von Migration deutlich zu machen und ihre historische Dimension hervorzuheben. Wir dürfen uns über Zuwanderung nicht wundern, wenn z. B. deutsche und europäische Konzerne Bauern und Fischern in Afrika und Asien ihre Lebensgrundlage wegnehmen; wenn z. B. deutsche und europäische Truppen ein Land wie Afghanistan ruinieren ...

Es gilt, das Recht auf Migration herauszustellen – unabhängig davon, ob es Türken, Russen, Araber, Afrikaner und/oder Christen, Juden, Moslems betrifft.

¡No pasarán!

Reiner Schmidt

«Bündnis gegen Pro Köln» und Interventionistische Linke (IL)

**20.9. – Der DGB ruft auf: «Wir stellen uns Quer»\*  
Kein Rassismus in Köln**

– Ab 9 Uhr Musikprogramm auf dem Roncalliplatz

– Ab 10 Uhr politische Kundgebung.

– Danach kurze Demonstration zur Gürzenichstraße. Von dort zwischen 11.30 und 12 Uhr Bildung einer Menschenkette um den Heumarkt

**Blockieren wir den Kongress! – 20.9., um 9 Uhr auf der Gürzenichstr., Nähe Heumarkt. Dorthin kommen alle, die nicht schon vorher an anderen Stellen eingebunden sind.\***

\*Angaben unter Vorbehalt. Achtet auf weitere Informationen

## Im Wortlaut

## Das fordert «Pro Köln» im Rat:

– ein Sofortprogramm gegen Schlaglöcher: «Die dafür anfallenden Kosten sollen ... [durch Streichung von] Zuschuss für interkulturelle Kulturprojekte, Einladung ehem. Zwangsarbeiter, Betreuung von Asylbewerbern, Zuschuss an Rom e.V., Zuschuss für Junkieband e.V., Zuschuss für Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige» gedeckt werden;

– der «Betrieb der öffentlichen Brunnen» soll u.a. durch «Einsparung zur Betreuung von Asylbewerbern» verbessert werden;

– «Statt verurteilten Deserteuren und Straftätern zu gedenken, sollte lieber für die Zehntausenden unschuldigen Opfer des alliierten Bombenterrors in Köln ein Denkmal errichtet werden.»

Volker Adam, langjähriger stellvertretender Vorsitzender der VVN-BdA in NRW, sagt dazu: «Auf die Aktivitäten von «Pro Köln» reagieren Verwaltung und die politische Repräsentanz dieser Stadt nur defensiv. Ursache hierfür ist die unzureichende Beschäftigung mit dem Thema «Kampf gegen Rechts.»

Zusammengestellt von Ulli Sander, *Neue Rheinische Zeitung*



## Das sagte Kardinal Meisner:

«Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgeseget sind.» (1997)

«In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher.» Ist doch der Soldat «als Inbegriff der strafenden Gerechtigkeit die letzte Möglichkeit, das Böse im Menschen zu bannen». (1993)

## Das sagte Kardinal Ratzinger:

«Der Islam ist schon in seiner Entstehung ... ein Zurückgehen zu einem Monotheismus, der die christliche Wende zum menschgewordenen Gott nicht aufnimmt und sich ebenso der griechischen Rationalität und ihrer Kultur verschließt...»

Auf einer gewiss ganz anderen Ebene, aber doch strukturell in mancher Hinsicht damit verbunden ... [war] der Nationalsozialismus ja seiner Grundtendenz nach Absage an das Christentum ... und das Verlangen, hinter die jüdisch-christliche Entfremdung zurückzukehren...» (8. Mai 1979)

## Was macht Pro Köln im Rat?

## Im Kölner Rat führt Pro Köln (PK) ein doppeltes Stück auf: die einen geben den Biedermann, die anderen die Brandstifter.

Ihr Hauptredner, Fraktionsgeschäftsführer Manfred Rouhs, spielt einen salbungsvollen Kommunalpolitiker, der gegen den Klüngel der etablierten Parteien kämpft. Er will PK darstellen als «die» Opposition gegen das städtische Establishment. Anlässe, die etablierten Parteien und den Klüngel aus Verwaltung, öffentlichen Betrieben und privaten Kapitalisten anzugreifen, gibt es leider mehr als genug, man denke nur an den Komplex «Oppenheim-Esch/Messehallen».

Regina Wilden gibt die christliche Fundamentalistin und reitet als Verteidigerin des «Abendlands» vornehmlich Attacken gegen Schwule und Lesben. Auf einer Ratssitzung führte sie ein offen rassistisches Schmierentheater auf, indem sie eine Migrantin spielte, die nur lückenhaft Deutsch spricht und sich für den Arbeitsplatz und die Sozialleistungen bedankt.

Süffisant grinsend ergänzte die Fraktionsvorsitzende Judith Wolter, der «politisch korrekte» Begriff für die von PK als «Klau-Kids» bezeichneten jugendlichen

Diebe wäre: «Angehörige mobiler ethnischer Minderheiten mit einem etwas anderen Eigentumsverständnis».

PK hat nämlich ein Problem. Auf der einen Seite braucht die Gruppe den «demokratischen» Schafspelz, um Wählerstimmen zu bekommen. Auf der anderen Seite muss sie Wolfssignale an offene Nazis senden: Wir sind nicht die Spießer, als die wir uns hier darstellen. Wir wollen richtige Faschisten sein.

Sonst orientieren sich die Jungnazis weiter an Kameradschaften, NPD und «Autonomen Nationalisten». Allein mit rassistischen Rentnern lässt sich keine rechte Bewegung aufbauen.

Die Anträge von PK im Rat folgen einem einfachen Strickmuster, sie passen in drei Schubladen: 1) Anträge, die offen oder versteckt Migranten für soziale Probleme aller Art verantwortlich machen; 2) Anträge, die sich gegen die etablierten Parteien richten und bewusst so gestellt werden, dass teilweise auch Linke dem Wortlauf zustimmen könnten. 3) Blödsinnige Anträge, mit denen die rechten Laberköpfe den Rest des Rates ärgern wollen.

Trotz aller sozialen Demagogie tritt PK in den Haushaltsdebatten für «eisernes

Sparen» ein. Gegen die Umverteilung öffentlicher Gelder auf die Konten privater Investoren unternimmt die Gruppe nichts, dass dies der Kern der Korruption ist, versteht sie nicht einmal.

Aufgabe aller Linken muss sein, jederzeit den faschistischen Charakter von «Pro Köln» zu enthüllen und auf deren Verbindungen mit Nazis in anderen Ländern

und ihre versteckte Agenda zu verweisen. Die Linke, auch die Partei!, muss sich als wahre Opposition gegen die Etablierten, das Hartz-Regime und das kapitalistische System verstehen – im Rat und auf der Straße.

Claus Ludwig  
Stellvertretender Vorsitzender der  
Ratsfraktion Die Linke, Köln



## Die sozialen Probleme anpacken!

## Der Erfolg von «Pro Köln» – wie der vieler anderer rechtsextremer Parteien und Bürgerbündnisse – ist primär im Versagen der großen Parteien zu suchen, die sich mit einer Politik der sozialen Kälte vom unteren Drittel unserer Gesellschaft weit entfernt haben.

Arbeitslosigkeit, Hartz, Niedriglöhne, soziale Entrechtung und Existenzängste, einhergehend mit der Globalisierung, aber auch profane Fremdenfeindlichkeit sind die Hauptmotive ihrer Wählerinnen und Wähler. Dieses Frustrationpotential bedienen die Rechten und treffen dabei auf immer größer Akzeptanz in der Bevölkerung, sodass selbst das gezielte Werben von Jugendlichen im Umfeld von Schulen und Jugendtreffs heute ohne größeren Skandal möglich ist.

Am gefährlichsten ist jedoch die intensive Bürgerarbeit der Rechten, die sie in den Vierteln und Kommunen betreiben, um als «Anwalt der kleinen Leute» zu agieren. So auch die rechtsextreme Organisation «Pro Köln», die im Kölner Stadtrat heute deshalb Fraktionsstärke hat. Immer wieder inszeniert sie «Bürgerbewegungen» oder greift gezielt in den Vierteln Bürgerproteste auf, um sie zu okkupieren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Wo immer sich Protest regt, sind die Mitglieder und Funktionäre dieser «Bürgerbewegung» auch dabei und demonstrieren z. B. gegen Drogeneinrichtungen, Kliniken für psychisch kranke

Straftäter, einen Straßenstrich oder gegen den Bau der großen Moschee.

Doch das gilt nicht nur für Köln. Mit Hilfe eines eigens gegründeten Bundesverbands expandiert «Pro Köln», weitgehend jenseits der öffentlichen und medialen Wahrnehmung, auch in andere Städte wie Dormagen, Gelsenkirchen, Oberhausen und Berlin. So haben die etablierten Parteien im Kölner Rat, aber auch viele Medien und deren Chefredakteure das Problem bislang weitgehend ignoriert – in der Annahme, dass es sich bald von alleine erledigen würde.

«Pro Köln» gibt inzwischen sogar unbehelligt eine Schülerzeitung heraus und versucht damit, an junge Menschen heranzukommen und diese über gezielte Jugendarbeit an sich zu binden.

Der Kölner Sozialarbeiter Franco Clemens sagte dazu: «Gerade in Porz ist «Pro Köln» besonders aktiv, und versucht mit provokanten Demos und Aktionen in den sozialen Brennpunkten eine Spaltung der Jugendkultur zu forcieren und neue Trends zu setzen. Aufgrund des hohen Ausländeranteils in den sozialen Brennpunkten entsteht daraus jedoch gleichzeitig wieder eine Gegenbewegung, die die Gewaltbereitschaft und gegenseitige Abgrenzung unter den Jugendlichen fördert, was in den Texten der lokalen RAP- und Hip-Hop-Gruppen am deutlichsten zu Ausdruck kommt.»

Es scheint also höchste Zeit, dass das bisherige Schweigen der etablierten Parteien zu den Themen von «Pro

Köln» gebrochen wird. Denn wenn Migranten ausgegrenzt und zugleich Bürgersorgen demonstrativ aufgegriffen und von einer dahinter stehenden rechten Gruppierung assimiliert werden, drängen sich historische Parallelen zum Nationalsozialismus auf. Professor Jost Dülffer, Historiker an der Kölner Universität, sagte dazu im «Morgenecho» von WDR5:

«In der späten Weimarer Republik gab es gerade bei der Eroberung des platten Landes, des protestantischen in Norddeutschland, Anzeichen, dass die Nationalsozialisten sich um alle bedrohten sozialen Schichten kümmerten. Das gab es aber auch in den Städten, dass Organisationen für Handwerk, für Arbeiterschaft, für alle möglichen sozialen Belange da waren und vor Ort guckten, wie es den Leuten ging oder warum sie sich schlecht fühlten. Subjektiv empfundene Zukunftsängste könnten von rechtsextremen Gruppierungen wie in den 20er Jahren bewusst ausgenutzt werden.»

Wenn man versucht, allzu Leichtgläubige von verantwortbarer Politik anstelle dumpfbackiger rechter Polemik zu überzeugen, kann man soziale Defizite wie Arbeitslosigkeit, die Folgen von Hartz und die damit einhergehende steigende Kriminalität und Gewaltbereitschaft unter benachteiligten Jugendlichen nicht einfach wegdiskutieren. Gleichzeitig müssen jedoch alle juristischen Mittel ausgeschöpft und die Verfassung bemüht werden um zu verhindern, dass Bürger mit solchen Problemen ausgerechnet in die Hände von «Pro Köln» geraten, während andere Parteien wie das Bürgerbündnis «Gemeinsam gegen Sozialraub» oder DIE LINKE im Kölner Rat sich diesen Themen glaubwürdig verschrieben haben.

Rudi Rute  
Neue Rheinische Zeitung

## Extreme Rechte in Europa

## Köln dient den Rechtspopulisten als Kulisse für die Gründung einer «Europäischen Freiheitspartei». Das ist ihr vierter Anlauf.

Wer es schafft, mit Parteien aus mindestens sieben Ländern der EU, die mindestens in einem Regionalparlament vertreten sind, eine europäische Parteistruktur zu schaffen, der bekommt von der EU viel Geld; jährlich hat er Anspruch auf 200.000 Euro Parteienförderung aus EU-Mitteln.

Wenn Pro Köln es schafft, bei der geplanten Bildung einer «Europäischen Freiheitspartei» mit dabei zu sein, hat diese Partei auf der extremen Rechten in Deutschland die Nase vorn: Sie kann die Mittel dann dafür einsetzen, ihre Hetzparolen flächendeckend zu verbreiten und Posten zu vergeben.

Bislang sind diese Versuche immer daran gescheitert, dass jeder Parteichef im europäischen Verbund der Größte sein wollte, und sich ihre nationalen Engstirnigkeiten gegenseitig im Weg standen. Der erste Anlauf scheiterte an der Südtirolfrage, der zweite am Widerstreit der Interessen der (damals südtirolischen) Auswanderer gegenüber dem Norden, der keine Einwanderer wollte. Diese Konstellation hat sich zuletzt wiederholt, als es in Rom eine Treibjagd auf Roma gab, die sich zuletzt sogar gegen den Botschafter Rumäniens richtete – was die Rechtsextremisten der Großrumänenpartei nicht wenig erboste.

Die europäischen Rechtspopulisten

tun sich definitiv schwer damit, einen gemeinsamen europäischen Nenner zu finden, weil Europa sozial so tief gespalten ist, die Rechten aber versuchen, die soziale Spaltung in eine nationale zu übersetzen.

Auch deshalb wird «der Islam» zum gemeinsamen Feind erkoren: Vielleicht hegen die verschiedenen nationalen Rechten die Hoffnung, sich auf diesen Bedrohungspopanz einigen zu können.

Le Pen hat vor wenigen Jahren noch die Gaskammern als «Detail der Geschichte» bezeichnet. Inzwischen haben die Rechten gelernt. Denn der Abscheu vor dem Antisemitismus ist Teil des offiziellen Diskurses geworden, seit der Westen mit dem Islam einen neuen Gegner im Kalten Krieg auserkoren hat und Israel darin ein wichtiger Bündnispartner ist.

Der Antisemitismus hat deshalb dem «Anti-Islamismus» Platz gemacht – wenigstens gilt das für einen wachsenden Teil der Rechtspopulisten. Susanne Winter von der FPÖ hat vor wenigen Monaten den Propheten Mohammed als «Kinderschänder» beschimpfte und von einem «islamischen Einwanderungstsunami» in Österreich gesprochen. Der Antwerpener Stadtrat es Vlaams Belang, Bart Derbie, nennt Ausländer in der Stadt «Müll», den man wegräumen müsse. Das ist nicht weit von Nikolas Sarkozy entfernt, der vor seiner Wahl auch meinte, die Pariser Vororte mit dem Kärcher säubern zu müssen.

Bernhard Schmid  
Der Autor lebt in Paris.



# Der «Anti-Islamismus» kommt aus der Mitte der Gesellschaft

**Die Bewegung «Pro Köln» versucht, mit ihrem «Anti-Islamisierungskongress» wie ein Fisch im rassistischen Zeitstrom zu schwimmen. Der Kampf gegen den Islam dient den Ganz-, Alt-, Neo- und Halbnazis als Eintrittskarte in die Mitte der Gesellschaft.**

Ihr Kalkül könnte leider aufgehen. Denn «der Islam» gerät immer stärker zum Feindbild der Mehrheitsgesellschaft.

Dabei gibt es einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen dem «Krieg gegen den Terror», dem sich die Bundesrepublik seit 2001 angeschlossen hat, und dem zunehmenden Rassismus und Anti-Islamismus. Dieser Krieg bringt eine schier unendliche Serie von Gesetzesverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen mit sich. Egal ob es um die Einführung der «Anti-Terror-Datei» geht, um Online-Durchsuchungen oder die Vorratsdatenspeicherung – die gebetsmühlenhaft vorgebrachte Begründung lautet: Abwehr des «islamistischen Terrorismus».

In der Realität wird zwischen dem «Islamismus» und dem Islam aber nicht unterschieden, die Glaubensgemeinschaft als Ganze wird gleichgesetzt mit einer fundamentalistischen Strömung, die nur eine randständige Minderheit ausmacht.

Es gibt gute Gründe, reaktionäre Positionen – zumal gegen Frauen – und Antisemitismus zu bekämpfen. Da hat der Islam allerdings keine Monopolstellung. Und längst nicht alle AnhängerInnen dieses Glaubens vertreten solche Positionen. Indem aber «der» Fundamentalismus und «der» Islam gleichgesetzt werden, werden rassistische Stereotype (re)produziert, mit denen die «islamistische Gefahr» auch nur vorgeblich bekämpft wird.

Fundamentalisten gibt es auch bei den Christen, und nicht zu knapp: Ka-

tholiken und Protestanten haben sich in Nordirland jahrzehntelang blutige Kämpfe geliefert. Aber das war nie ein Grund, gegen «die Christen» so zu hetzen wie derzeit gegen die Moslems.

Die katholische Kirche diskriminiert unablässig Frauen und Schwule – den Vorwurf, kein Teil der «westlichen Wertegemeinschaft» zu sein, muss Ratzinger sich deshalb nicht gefallen lassen.

US-Präsident Bush versteht sich als evangelikaler Kämpfer gegen das «Böse» – ohne dass deswegen irgendjemand den «vom rechten Glauben Abgefallenen» für gemeingefährlich erklärt.

Aber wehe, Zuwanderer islamischen Glaubens wagen es, eine Moschee zu bauen und darin auch noch arabisch zu sprechen! Ihnen werden ständig Treueschwüre auf das Grundgesetz abverlangt.

Auch dort, wo nicht von vornherein Anti-Islamismus draufsteht, steckt häufig Rassismus drin: «Einbürgerungstests» und Gesinnungsprüfungen hat es früher nicht gegeben – sie sind Ausdruck eines rassistischen Grundmisstrauens, das sich vor allem gegen Moslems richtet. Auch bei «Kopftuchverboten» geht es selbstverständlich nicht darum, Ordenstrachten, Mönchskutten, Halskettchen mit Kreuz oder Davidsterne aus dem öffentlichen Dienst zu verbannen. So etwas mag im traditionell laizistischen Frankreich glaubhaft sein, aber in Deutschland ist diese Debatte erst mit dem Aufflammen anti-islamischer rassistischer Ressentiments aufgelebt; und die ersten Berufsverbote gegen Lehrerinnen betreffen ausnahmslos Kopftuchträgerinnen.

Die Islamophobie nimmt in Deutschland zu, sie zieht sich durch alle Schichten der Gesellschaft. Gut ein Viertel der befragten Deutschen sind der Meinung, es sollten keine Muslime mehr zuwandern. 2006 sprachen sich laut Allensbacher Institut für Mei-

nungsforschung 56% für ein Verbot von Moscheeneubauten aus. Ebenso viele sehen einen «Kampf der Kulturen» zwischen Islam und Christentum im Gange. 40% stimmen der Aussage zu: «Um zu verhindern, dass es zu viele radikale, gewaltbereite Moslems in Deutschland gibt, sollte man die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland stark einschränken.»

Anti-Islamismus ist definitiv ein Thema der gesellschaftlichen Mitte. Die extreme Rechte sucht hier Anschluss.

Ulla Jelpke

*Die Autorin ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Abgeordnete des Wahlkreises Dortmund.*



# Unsere türkischen Nachbarn sind nicht alle Muslime, schon gar nicht Islamisten

Mit Integrationsgipfeln und Islamkonferenzen spiegelt die Bundesregierung der Öffentlichkeit ein Bild «gelungener Integration» vor. Vor Ort ist das Bild ein anderes: da werden in ganz Deutschland Konflikte geschürt um den Bau von Moscheen. Egal ob in Köln, München, Duisburg, Essen oder Frankfurt – wo immer eine islamische Gemeinschaft eine Moschee bauen will, machen rechtsextreme Organisationen mobil, hetzen skeptische Anwohner auf, reagieren Kommunalparlamente nur vage. So auch in Köln.

Die Moscheediskussion fällt nicht vom Himmel. Seit dem 11. September wird medial wie politisch ein Feindbild konstruiert, das rechtspopulistische Ressentiments und Islamophobie verfestigt.

Der Islam ist eine in sich sehr heterogene Religionsgemeinschaft. Allein in der Türkei gibt es zahlreiche Religionsgruppen, Ordensgemeinschaften und Sekten, die sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Natürlich gibt es auch im Islam eine hochgradig politisierte Religionsrichtung – so wie bei den Katholiken das Opus Dei und bei den Protestanten die fundamentalistisch-evangelikalischen Sekten in den USA.

In Westeuropa ist der Islam mit den Türken eingewandert. Seit den 60er Jahren sind auch hierzulande islamische Dachverbände entstanden wie VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren), Nurcus (Gemeinde des

Lichts), die Gülen-Gruppe (sie agiert als islamische Bildungseinrichtungen), die islamistische Milli Görüs/Nationale Sicht und die neofaschistische Grauen Wölfe (Idealistenheime). Bemerkenswerterweise haben alle Verbände ihre Zentrale in Köln angesiedelt – womit Köln zur «islamischen Hauptstadt» Deutschlands wurde.

Die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) ist im Unterschied zu den anderen islamischen Organisationen keine Religionsgemeinschaft, sondern eine staatliche Religionsinstitution, die sich seit Mitte der 80er Jahre in Deutschland etabliert hat. Sie ist faktisch dem Religionsministerium in Ankara und der türkischen Botschaft in Berlin untergeordnet und vertritt konservative Positionen, bekennt sich aber auch zu den sog. säkulareren Prinzipien.

Den Islam gibt es mithin nicht. Es gibt eine Vielfalt von Organisationen, die beanspruchen, für den Islam zu sprechen; Stimmen und Meinungen, die miteinander darüber streiten, was der Islam ist und was darunter zu verstehen ist.

Die türkische und kurdische Linke wie auch die Kultur- und Religionsgemeinschaft der Aleviten haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zum sunnitischen Islam (das ist die Mehrheitsreligion in der Türkei) und somit auch zur Institution DITIB. Die Vorbehalte wurzeln in der Kritik jeder Religion als «Opium des Volkes» (Karl Marx). Die Linke tritt für eine strikte Trennung

von Religion und Staat ein, ist aber darüber hinaus der Meinung, dass religiöse Bedürfnisse letztlich auf un-menschliche Verhältnisse verweisen, die es zu überwinden gilt. Ihre ablehnende Haltung ist auch unmittelbar politisch begründet, weil der Islam nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980 lange Zeit gegen die Linke instrumentalisiert wurde.

Die Aleviten haben in der jüngsten Geschichte der Türkei vielfältige Diskriminierungen durch den Staat wie auch durch islamistische und neofaschistische Organisationen erlitten. Islamistisch-faschistische Kreise haben in Großstädten wie Maras, Corum und Sivas Pogrome gegen Aleviten inszeniert, bei denen mehrere Menschen ermordet wurden.

Obwohl die Frage nach der Trennung von Staat und Religion seit der Gründung der Türkischen Republik (1923) in der Verfassung verankert ist, ist das Thema in der Türkei heute noch sehr umstritten. In den letzten Jahren haben sich die Auseinandersetzungen zwischen sog. «Laizisten» und «Anti-Laizisten» unter der Regierung Tayyip Erdogan weiter zugespitzt. Hinzu kommt, dass das Religionsministerium der Türkei nur die Interessen der Sunna-Gemeinschaft verteidigt und die anderen Religionsgruppen (Aleviten, Yeziden, Christen, Juden) ausblendet. Deshalb steht auch die DITIB in der Verantwortung, ohne Vorbehalte auf andere Religionsgemeinschaften zuzugehen und in den eigenen Reihen kei-

ne Diskriminierungen zuzulassen. Die Verhaltensweisen religiöser Gemeinschaften dürfen dabei nicht in Widerspruch zu den demokratischen Grund- und Menschenrechten stehen.

Von den Rechtspopulisten wird die Moscheedebatte jedoch als Ethnisierungsdebatte geführt. Je größer die sozialen Probleme, desto stärker werden sie verdrängt durch kulturelle und religiöse Ersatzdebatten, und es werden angebliche Unverträglichkeiten zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft konstruiert. Ethnische Minderheiten werden zu Feindbildern gemacht, auf die sich Frustration und Hassgefühle projizieren lassen.

Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Migrantinnen und Migranten rufen als Gegenreaktion aber immer deren Rückzug in «ethnische Nischen» hervor. Auf diese Weise vertieft so eine Debatte die Spaltung in der Gesellschaft entlang falscher Frontlinien: ethnischer und religiöser.

Alle fortschrittlichen Kräfte müssen für das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit eintreten. Es gilt, die sozialen Probleme bewusst zu machen, die sich vielfach hinter religiöser Anhängerschaft verbergen. Von diesen bleiben Muslime und islamische Einrichtungen nicht verschont, sie sind Teil der sozialen Auseinandersetzungen in diesem Lande.

Kemal Bozay

*Der Autor ist Wahlkreismitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer.*

## Veranstaltungen und Aktionen

- 27.8., Köln**  
«Pro Köln vor dem Schultor – was tun?» Veranstaltung von JungeGEW Köln und DGB-Jugend Köln. Jugendraum auf dem Hof des DGB-Hauses Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 18 Uhr.
- 28.8., Rostock**  
Infoveranstaltung, 19 Uhr
- 29.8., Köln**  
Aktionstraining, Schnapsfabrik, Neuerburgstr. 4, anschließend Konzert, 16 Uhr
- 31.8., Köln**  
Infoveranstaltung, Bauwagenplatz, Ecke Krefelderstr./Innere Kanalstr., anschließend Konzert, 18.30 Uhr
- 2.9., Bochum**  
Infoveranstaltung, Soziales Zentrum Bochum, Rottstr. 31, 20 Uhr
- 2.9., Bremen**  
Infoveranstaltung, paradox, Bernhardtstr. 12, 20 Uhr
- 4.9., Bonn**  
Infoveranstaltung, OAT, 20 Uhr
- 6.9., Köln**  
Kongress «Tag gegen Rechts». Eine Veranstaltung von «Schüler gegen Rechts». Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Severinstr. 241, ab 11 Uhr.
- 7.9., Bremen**  
Aktionstraining, Buchte, Buchtstr. 14, 14–18 Uhr
- 8.9., Hannover**  
Infoveranstaltung, UJZ, Kornstr. 28–30, 20 Uhr
- 8.9., Frankfurt/M.**  
Infoveranstaltung 19.30 Uhr
- 9.9., Düsseldorf**  
Wie pro NRW Ängste schürt. Rassismus unter dem Deckmantel der Islamkritik. Veranstaltung von Düsseldorf Sozialforum, Antifa KoK, DIFD, Attac u.a. Haus der Kirche, Bastionstr. 6, 19.30 Uhr
- 10.9., Marburg**  
Infoveranstaltung, Café am Grün, Am Grün 28–30, 20.30 Uhr
- 10.9., Lübeck**  
Infoveranstaltung, Brazil, Willy-Brandt-Allee 9, 19 Uhr
- 10.9., Berlin**  
Infoveranstaltung und Podiumsdiskussion, Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130, 19 Uhr
- 11.9., Nürnberg**  
Desi Nürnberg, Brückenstr. 23
- 11.9., Kiel**  
Infoveranstaltung, Antifa-Café, Alte Meierei, Hornheimer Weg 2, 19 Uhr
- 11.9., Lindau**  
Infoveranstaltung, Club Vaudeville, Von-Behring-Str. 6–8, 20 Uhr
- 11.9., Köln**  
Aktionstraining Attac, ESG, Bacher Str. 27, großer Saal, bei schönem Wetter im Park der Menschenrechte, 18–22 Uhr
- 11.9., Köln**  
«Wir stellen uns quer gegen Rassisten + Holocaust-Leugner». Informationsveranstaltung von DIE LINKE mit Bernhard Schmid. Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 19.30 Uhr
- 13.9., Köln**  
Großes und öffentliches Aktionstraining in der Innenstadt
- 13.9., Köln**  
Tagung zum Thema «Feindbild Islam». Veranstalter: Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf. VHS Köln, Josef-Haubrich-Hof 2, 15 Uhr
- 14.9., Düsseldorf**  
Infoveranstaltung & Aktionstraining, Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108 Hinterhof, 14 Uhr
- 14.9., Lübeck**  
Aktionstraining, Brazil, Willy-Brandt-Allee 9, 13–18 Uhr
- 18.9., Köln**  
Großes Mobilisierungskonzert gegen den Kongress

# Irkçılara karşı hep birlikte

Köln'de değişik inançlardan ve uluslardan insanların barış içinde bir arada yaşamasını istemeyen ırkçı ve yabancı düşmanı Pro Köln ve Pro NRW örgütleri, bu kez doğrudan Müslüman inancından olan göçmenleri hedef haline getirdi. Ehrenfeld'de yapılması planlanan camiye gerekçe gösteren örgüt, Alman halkı içerisinde "Köln'ün İslamlaştırıldığı" propaganda ederek Avrupa'nın diğer ülkelerindeki ırkçılarla birlikte 19/20 Eylül tarihleri arasında "Anti-İslam Konferansı" düzenliyor.

Köln Emniyet Müdürlüğü tarafından Heumarkt'ta yapılmasına izin verilen ırkçıların kongresine değişik ülkelerden tanınmış Neonaziler de katılıyor.

Pro Köln ve Pro NRW, "Anti-İslam Konferansı" ile aynı zamanda önümüzdeki yıl yapılacak yerel seçimlerde, özellikle Müslüman kökenli göçmenlerin sırtından bir seçim kampanyası yürüteceğinin de açık bir mesajını verecek.

## Tanınmış ırkçılar geliyor

Köln'de yapılması planlanan "Anti-İslam Konferansı" son yıllarda Avrupa'da çeşitli ırkçı ve yabancı düşmanı partiler tarafından Müslüman ülkelerden gelen göçmenlere karşı sürdürülen düşmanca kampanyaların devamı niteliğinde. Son açıklamalara göre konferansa daha önce CDU Federal Parlamento milletvekili olan Henry Nitzsche, Avusturya'nın faşist partisi FPÖ Başkanı Heinz-Christian Strache, Fransa'dan tanınmış faşist Jean Marie Le Pen, Belçika'dan yabancı düşmanı Vlaams Belang'ın Meclis Grubu Başkanı Filip Dewinter konuşmacı olarak katılacak. Ayrıca İtalya'dan kundaklamadan ceza alan Liga Nord Avrupa Parlamentosu Milletvekili Mario Borghezio, Avrupa Parlamentosu Milletvekili Harald Neubauer, Pro Köln ve Pro NRW'nin yöneticileriyle diğer ırkçı partilerin yöneticilerinin katılması bekleniyor.

Böylece Hristiyan, Müslüman, Yahudi, Budist..., Alman, Türk, Kürt, İtalyan, Yunan, Polonyalı.. çok farklı inançlardan ve uluslardan insanların yıllardır barış içerisinde yaşadığı Köln'de, ırkçı ve yabancı düşmanları, "İslam karşıtlığı" üzerinden hem güç gösterisinde hem de bu birlikte yaşamın bozulması için çağrıda bulunacaklar.

Avrupa çapında herkes tarafından ırkçı ve yabancı düşmanı oldukları bilinen bu parti ve örgütler ile Pro Köln ve Pro NRW arasındaki işbirliği uzun zamandan beri devam ediyor.

## Pro Köln'ün arkasında Neonaziler var

Neonazi olmadıkları ileri sürerek kitlelere ulaşmaya çalışan Pro Köln'ün arkasında eskiden faşist partilerde örgütlü olan Manfred Rouhs (NPD, Republikaner ve Deutsche Liga für Volk und Heimat eski üyesi), Markus Beisicht, Bernd Schöppe ve Judith Wolter gibi tanınmış ırkçılar bulunuyor.

1996'da kurulan Pro Köln, 2004'teki yerel seçimlerde "Vatandaşlar Hareketi-Pro Köln" adı altında yüzde 4,7 oy alarak dört temsilcisini Köln Büyükşehir Belediye Meclisi'ne gönderdi. 2005'te faşist Republikaner Partisi'nden belediye meclisine seçilen Martin Brenneke ile birleşerek meclisteki sayısını 5 kişiye çıkardı. Geçtiğimiz aylarda Ehrenfeld Belediye binasında bir Türkiye kökenli kadına saldıran CDU'lu Jörg Uckerman da Pro Köln'e geçmişti.

Önyargıları kışkırtarak Almanya'da yaşayan değişik etnik kökenden insanları birbirlerine düşürmeye çalışan Pro Köln, Ehrenfeld'de yapılması planlanan büyük camiye karşı yürüttüğü faaliyetlerle sesini geniş kitlelere duyurmaya çalıştı.

6 Şubat 2007'de başta Pro Köln olmak üzere değişik belediye

meclislerine girmeyi başaran ırkçı örgütlenmeler ve gruplar bir araya gelerek Pro NRW adlı oluşumu kurdular.

Böylelikle Kuzey Ren Vestfalya Eyaleti'nin değişik kentlerinde örgütlenmeye başlayan ırkçı örgüt, bir dahaki yerel ve eyalet seçimlerine yönelik çalışmalarına şimdiden başlamış bulunuyor.

## Irkçıların buluşmasına seyirci kalmayalım

Köln'de yaşayan Türkiye kökenli göçmenler olarak ırkçı-faşistlerin 19-20 Eylül'de Köln'de yapmayı planladığı buluşmaya seyirci kalmayalım. Sendikalar, antifaşist birlikler, göçmen örgütleri ve demokratik partiler, aylardır, ırkçıların Köln'deki buluşmasını engellemek için çalışmalar yapıyor. 19-20 Eylül günleri Köln, insanlık düşmanı ırkçı ve yabancıların değil, onlara karşı çıkan insanların merkezi olmalı. Bu yüzden, bugün özellikle Müslüman ülkelerden gelen göçmenleri hedef gösteren, gerçekte ise kendisinden olmayan bütün herkese düşman olan Neonazilere karşı yapılacak gösterilere, yürüyüşlere, toplantılara güçlü katılım.

**Alman, Türk, Kürt, Polonyalı, Sırp, Arap ve diğer uluslardan dostlarımızla birlikte bu insanlık düşmanı ırkçılara karşı seferber olalım, Köln'de ırkçılara ve onların ırkçı politikalarına yer olmadığını hep birlikte gösterebiliriz!**  
(EVRENSEL)

## Köln'de Türkçe bilgilendirme toplantıları

### Ehrenfeld:

7 Eylül Pazar Saat 15.00  
Bürgersentrum Ehrenfeld

### Konuşmacılar:

**Yeşim Yeşil**  
(Ehrenfeld Belediye Meclis üyesi)  
**Hüseyin Avgan**  
(DİDF Genel Başkanı)

### Kalk:

14 Eylül 2008, Saat: 14.00  
Naturfreundehaus/Kalk Kapelle

### Konuşmacılar:

**Özlem Alev Demirel**  
(Köln Belediye Meclis Üyesi)  
**Özgür Demirel**  
(Kalk Belediye Meclis Üyesi)

## Wir sind nicht die dummen Opfer!

**SALMA YAQOOB ist britische Muslimin und Sprecherin der Zentralmoschee in Birmingham. Sie wurde 2006 mit 49,4% der Stimmen auf der Liste von RESPECT, einer neuen Partei links von Labour, in den Stadtrat gewählt. Mit ihr sprach Angela Klein von der Sozialistischen Zeitung (SoZ).**



Salma Yacoub

**■ Woher kommt die wachsende Feindseligkeit gegen Muslime?** Manche sagen, das liegt nur an der Außenpolitik der islamischen Staaten. Andere sagen, das liegt nur an der islamischen Theologie. Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen.

Muslime können nicht ignorieren, dass es eine intolerante, sektiererische Strömung im Islam gibt, die den Terrorismus mit falschen religiösen Bezügen rechtfertigt. Diese Auseinandersetzung können nur die Muslime unter sich ausmachen. Sie führen sie aber mit zusammengebissenen Zähnen, wenn man sie spüren lässt, dass der Kampf gegen den Terrorismus nur Teil eines breiteren Angriffs auf ihren Lebensstil ist. Die Debatten über Integration richten sich ja gegen ihre Kleidung, ihre Kultur, überhaupt ihren Platz in der Gesellschaft.

**■ Du bist die einzige muslimische Frau im Stadtrat von Birmingham.** Ja. Meine Kandidatur war eine Herausforderung für die Konservativen in der muslimischen Gemeinde, die Frauen das Recht absprechen, führende politische Positionen wahrzunehmen. Vertreter der Labour Party und der Liberalen Partei waren da aber nicht besser, sie haben muslimische Männer aufgestachelt, nicht für mich zu stimmen, das sei «antiislamisch»! Diese Parteien betrachten Muslime traditionell nur als Stimmvieh. Wir konnten nur gewinnen, weil Muslime und Nichtmuslime zusammenstanden

gegen Rassismus und für soziale Gerechtigkeit.

**■ Du trägst das Kopftuch und trittst zugleich für die Rechte der Frauen ein. Wie passt das zusammen?**

Viele, auch Frauen, die sich selbst als aufgeklärt und feministisch bezeichnen, zeichnen eine Karikatur von uns. Wir gelten ausschließlich als unterdrückte Opfer, die man aus der Kontrolle durch ihre Männer befreien muss. Gleichzeitig wird gesagt, die Tatsache, dass wir ein Kopftuch tragen, würde die anderen Frauen bedrohen und einschüchtern.

In dieser ganzen Debatte zählt das, was die muslimischen Frauen selber meinen, herzlich wenig. Unsere Kritikerinnen und Kritiker interessieren sich gar nicht für uns, angeblich sind wir zu naiv oder zu dumm, eigenständige Entscheidungen zu treffen. So wird die Schuld den Opfern zugeschoben.

Meine Kandidatur hat viel verändert: Ich bin stolz, als das Kopftuch tragende Frau im Rat der Stadt zu sitzen. Mich haben viele Männer unterstützt, die bis dato dagegen waren, dass Frauen führende öffentliche Positionen bekleiden.



## Wir brauchen eure Spenden!

Die Planung und Durchführung der Aktionen gegen den Rassistenkongress verschlingen viel Geld.

Um diese materielle Belastung stemmen zu können, sind wir auf Hilfe angewiesen. Eine der vielen Möglichkeiten zur Hilfe ist eine finanzielle Spende, und zwar auf das folgende Konto:

**VVN e.V. (Kontoinhaber)**  
**SEB AG (BLZ 370 101 11) 1130 469 000**  
**Stichwort: September**

Ab 50 Euro gibt es eine Spendenquittung; zu beziehen über [antifanachrichten@netcologne.de](mailto:antifanachrichten@netcologne.de)

19-20. September: Klempen-Aktionstage mit Kulturprogramm  
20. September: „pro Köln“ stoppen!!!

**«Kein Kölsch für Nazis» ist eine Kampagne von etwa 100 Gastwirten in Köln.**

**Den Namen der vorliegenden Zeitung haben wir bei dieser Initiative entliehen.**

**Infos:**  
[www.hingesezt.mobi](http://www.hingesezt.mobi)

**AUFGESTANDEN**  
KEIN RASSISTENKONGRESS IN KÖLN  
**KÖLN**  
**20. SEPTEMBER**  
[www.hingesezt.mobi](http://www.hingesezt.mobi)

**HINGESETZT**  
KEIN RASSISTENKONGRESS IN KÖLN  
**KÖLN**  
**20. SEPTEMBER**  
[www.hingesezt.mobi](http://www.hingesezt.mobi)

**BLOCKIERT!**  
KEIN RASSISTENKONGRESS IN KÖLN  
**KÖLN**  
**20. SEPTEMBER**  
[www.hingesezt.mobi](http://www.hingesezt.mobi)